Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beul jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 273 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Freitag, den 21. November | Erscheint: wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“ „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“. — | 1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.
und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm eine Erklärung der Reichsregierung entgegen über das Abänderungsrecht des Parlaments an der Notverordnung.

* Bei Verabschiedung des Etats und der Finanzgesetze im Reichsrat gaben Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius wichtige Erklärungen ab

* Der Thüringische Landtag sprach der Regierung Baum-Frick mit 28 gegen 25 Stimmen das Vertrauen aus.

Genfer Zollgespräche.

In Genf findet wieder einmal eine internationale, in Wirklichkeit aber nur europäische Wirtschaftskonferenz statt, und man muß sein Gedächtnis schon sehr stark in Anspruch nehmen, um sich daran zu erinnern, daß eine derartige Konferenz schon vor einem Jahre getagt hat und zu dem Beschluß kam, den sogenannten Zollwaffenstillstand zwischen den europäischen Staaten zu empfehlen. Es war aber bei dieser Empfehlung geblieben, die Zölle nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und unter Einhalt längerer Fristen zu erhöhen; eine lange Reihe von Staaten — darunter Deutschland — haben das noch nicht ratifiziert, andere haben es überhaupt abgelehnt, sich derartigen Bindungen zu unterziehen. Irgend etwas Positives ist also bei der Geschichte nicht herausgekommen.

Nun hat die Wirtschaftskrise inzwischen sich weiter verschärft und abgeschwächt ist sie auch nicht gerade durch die Folgen, die die Zersplitterung Europas namentlich im Osten und Südosten zollpolitisch gezeitigt hat. Man spricht in Genf jetzt auch nicht mehr von so umfassenden Vorschlägen wie vor einem Jahr; dafür hat man aber gleich zwei Spezialaufgaben in rednerische Arbeit genommen. Und diese sind zweifellos außerordentlich interessant und wichtig. Da ist zunächst das Verlangen der südost- und osteuropäischen Agrarstaaten, ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen bei der Einfuhr in die europäischen Industriestaaten Vorzugszölle einzuräumen gegenüber den amerikanischen Produkten. Und zwar nicht zuletzt im Interesse des Industrieexports von dorther. Man argumentiert nämlich folgendermaßen: Die Agrarkrise hat in Südosteuropa — wie überall in der Welt — die Getreidepreise um 50 Prozent geworfen; dadurch ist die Kaufkraft in jenen Staaten für Industrieprodukte an sich schon stark gesunken; der eigene Absatz von Agrarerzeugnissen wird aber noch weiter erschwert durch die hohen Zölle, mit denen auch Industriestaaten ihre Landwirtschaft schützen wollen. Bemerkenswerterweise hat man dort z. B. die Einfuhrzölle auf gewisse Industriewaren einfach deshalb herabsetzen müssen, weil man Waren zwar dringend benötigte, aber nicht mehr die Kaufkraft besitzt, die durch die bisherigen Einfuhrzölle erheblich gesteigerten Preise für jene Waren zu zahlen. Erniedrigung der Agrarzölle bei den Industriestaaten würde also über eine Steigerung des Absatzes für die Agrarprodukte Südosteuropas zu einer Stärkung der dortigen Kaufkraft führen — und damit zu einer besseren Aufnahmefähigkeit für die west- und mitteleuropäischen Industrieerzeugnisse. Sonst würde man versuchen, selbst die notwendigen Industrien aufzubauen, wofür billige Arbeitskräfte genügend zur Verfügung ständen.

Das ist eine besonders für Deutschland, das Industrie- und Agrarstaat zugleich ist, recht kitzlige Frage; denn der Block jener Agrarstaaten ist schon zu einer ziemlich festen Einigung gekommen und der Warenaustausch mit ihnen zeigt ein beträchtliches Überwiegen der deutschen Ausfuhr über die Einfuhr nach Deutschland. Und die Einräumung von Vorzugszöllen an jene Länder rollt wichtigste Probleme der gesamten Zollpolitik auf. Also ist in Genf die ganze Sache zunächst einmal einem Sonderausschuß zur Weiterbehandlung übertragen worden.

Auch bei der zweiten Streitfrage hat man sich mit diesem Ausweg geholfen; England verlangt von den europäischen Staaten Vorzugszölle für seine Maschinen- und Tertilausfuhr und droht mit einem radikalen Umschwenken zum Hochschutzzoll, wenn man diese Forderung nicht annimmt. Treibend ist dabei die Tatsache, daß die englische Arbeitslosigkeit gerade in diesen beiden Schlüsselindustrien sehr groß ist, man also in London alles daransetzt, den Absatz und damit die Erzeugung wieder zu steigern. Vermag England in Genf mit dieser Forderung nicht durchzudringen, dann will es eben hinter den Mauern eines grundsätzlichen Hochschutzzolles seine Arbeitslosigkeit bekämpfen. Frankreich hat im Interesse seiner eigenen Textil- und Maschinenindustrie von vornherein jedes Entgegenkommen abgelehnt, ebenso übrigens den Wunsch der Holländer, es sollen zwischen den Freihandels- und den Handelsvertragsstaaten Besprechungen über allgemeine Zollherabsetzungen erfolgen.

Schwierigkeiten zollpolitischer Art also, wohin man blickt, — und nur das eine steht fest, daß überall die schutzzöllnerischen Tendenzen noch stärker geworden sind und daß es auch auf wirtschaftlichem Gebiete mit den „Vereinigten Staaten Europas“ ebenso weite Wege hat wie auf politischem.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die „politische Klausel“ des evangelischen Kirchenvertrages.

vertrag werden zurzeit auf der Grundlage eines vom preußischen Staatsministerium ausgearbeiteten Entwurfs geführt. Es scheinen, nach einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes, noch Meinungsverschiedenheiten vor allem über die „politische Klausel“ zu bestehen, das heißt über das staatliche Einspruchsrecht bei Besetzung der leitenden evangelischen Kirchenämter. Dabei vertreten die Kirchen die Auffassung, daß ein Schiedsgericht geschaffen werden müßte, das bei Anwendung des staatlichen Einspruchsrechtes zu entscheiden hätte, während auf staatlicher Seite an einem unbedingten, von keiner Instanz abhängigen Einspruchsrecht festgehalten wird.

Die Opfer des Bergbaues.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes, die in Düsseldorf tagte, gedachte zunächst der Unglücksopfer, die der Bergbau in diesem Jahre in außerordentlich großem Umfange gefordert hat. Sodann wurden die schwebenden Knappschaftsfragen erörtert. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß allein im Ruhrbergbau seit Kriegsende rund 10 000 Bergarbeiter tödlich verunglückt und über 700 000 verletzt worden sind.

Die rote Flagge des Oberpräsidenten Lüdemann.

Die Angelegenheit des niederschlesischen Oberpräsidenten Lüdemann, der am 9. November neben der schwarzrotgoldenen Fahne auch die rote Fahne gehißt hatte, wird in vielen Kreisen weiter besprochen. Wie vom preußischen Innenministerium mitgeteilt wird, ist der Bericht des Oberpräsidenten Lüdemann über den Vorgang in Berlin noch nicht eingetroffen. Von preußischer Seite wird jedoch anderweitig betont, daß die rote Fahne die Fahne der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sei und daß nicht bestritten werden könne, daß die Gesinnung der Sozialdemokratischen Partei und ihre Stellung zum heutigen Staate über jeden Zweifel erhaben sei. Vom preußischen Innenministerium wird ferner bestritten, daß es sich um eine Dienstwohnung des niederschlesischen Oberpräsidenten gehandelt habe, aus der er die rote Fahne gehißt habe. Wie gemeldet wird, war der Oberpräsident Lüdemann aus Breslau zur Berichterstattung in Berlin. Er hatte mit dem preußischen Innenminister Severing eine eingehende Aussprache.

Polen.

Zaleski über die Korridorfrage.

In einer Unterhaltung, die der polnische Außenminister Zaleski einem französischen Zeitungsvertreter gewährte, wurde die Frage des Korridors berührt. Zaleski betonte, daß das Gebiet, das Polen freien Zugang zum Meer verschaffe, die Mindestbedingungen der Existenzmöglichkeit Polens bedeute. Man dürfe nicht vergessen, daß der polnische Korridor Polen sämtliche Weltmärkte öffne, während ein deutscher Korridor lediglich dem Reich den Markt einer Provinz erschließe. Polen sei aber bereit, sämtliche technischen Hinweise aufmerksam zu prüfen, die die Lage Ostpreußens bessern könnten.

Will die Regierung ein Moratorium?

Curtius antwortet Briand und Tardieu

Große Rede des Außenministers im Reichsrat.

Nach Abschluß der Beratungen nahm Reichsaußenminister Dr. Curtius im Reichsrat das Wort, um eingehend auf die Reden Briands und Tardieus zu antworten.

Er wies einleitend die litauische Regierung darauf hin, daß die Memelländer in ungeschmälertem Besitz ihrer Autonomie bleiben müßten, und stellte mit Befriedigung fest, daß in der Tschechoslowakei Besonnenheit und guter Wille die primitiven Vorurteilte der Straße überwunden hätten. Der Minister wies sodann auf

die Lasten des Young-Planes

hin. Angesichts dieser Lasten gelte es, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß niemand von uns heute wissen könne, ob wir mit den Maßnahmen, die Ordnung in unserem Haushalt schaffen sollten, auskommen würden bzw. wann wir die internationalen Schritte tun müßten, die in den Verträgen zum Schutz unserer Wirtschaft und Währung vorgesehen seien.

Es sei völlig abwegig, wenn von gewissen ausländischen Stellen in einer solchen Haltung der Reichsregierung ein Infragestellen der deutschen Unterschrift gesehen wird. Wir würden den Vertragsboden nicht verlassen. Wir hätten aber keine Garantie für die Durchführbarkeit des Planes gegeben. Seit der Pariser Sachverständigenkonferenz sei eine völlige Verschiebung der ganzen Wirtschaftslage eingetreten. Bei der Tragweite eines Entschlusses der Reichsregierung, von den Vertragsrechten des neuen Planes Gebrauch zu machen, sei es selbstverständlich, daß die Reichsregierung nur nach sorgfältiger Abschätzung aller Faktoren handeln wird.

Dann wandte sich Dr. Curtius den außenpolitischen Zielen der Reichsregierung zu und bezeichnete nach wie vor als das Ziel der Regierung

die Erringung der nationalen Freiheit,

wie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wege des Friedens unter Ablehnung einer Politik der Abenteuer. Es sei ein haltloses Schlagwort, wenn man der früheren und gegwärtigen Außenpolitik den Vorwurf einer einseitigen Orientierung machen wolle.

Die deutsch-französische Verständigung.

sei gewiß von größter Tragweite; aber niemals sei es versäumt worden, gerade zu den Ländern, die außerhalb des Kreises der Versailler Mächte standen, wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland, die Beziehungen zu pflegen. Curtius ging auf die letzte Erklärung Tardieus ein. Er wies darauf hin, daß Deutschland in der Abrüstungsfrage folgerichtig und beharrlich die gleiche Linie eingehalten habe, während anscheinend die französische Regierung beabsichtige, eine völlige Kursänderung vorzunehmen. Sie verließe damit den Boden, der seit 1919 die Grundlage aller Abrüstungsverhandlungen gewesen ist.

Im Versailler Vertrag stehe deutlich, daß der Zweck der deutschen Entwaffnung die Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung ist. Im Schlußprotokoll von Locarno haben ferner die vertragschließenden Mächte ihre Überzeugung erklärt, daß die Inkraftsetzung der Locarnoverträge das geeignete Mittel sein solle, in wirksamer Weise die Abrüstung zu beschleunigen. Wenn Worte in Verträgen einen Sinn haben, dann kann dies alles nur eindeutig verstanden werden: Nachdem Deutschland die Voraussetzung erfüllt hat, muß die vertraglich festgelegte Folge, nämlich die allgemeine Abrüstung, eintreten.

Nicht einmal in der Zeit absoluter militärischer Gewalt habe die Willkür der Sieger gefordert, daß die Entwaffnung Deutschlands dauernd eine einseitige Auflage bleiben solle. Heute, zwölf Jahre nach Friedensschluß, würden solche Forderungen den Bestand des Völkerbundes und alle anderen Friedenssicherungen auf das schwerste gefährden. Die Arbeiten verdienen nichts anderes als ein schnelles Ende.

Wir fordern, so fuhr der Minister fort, die baldige Einberufung der Abrüstungskonferenz selbst. Wenn der französische Außenminister für Frankreich ein Naturrecht in Anspruch nimmt, die Landesgrenzen zu sichern und alle erforderlichen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen, so muß das entwaffnete und von Waffen starrenden Völkern umgebene Deutschland erst recht den Anspruch auf Sicherheit haben.

Der französische Außenminister hat von guten und schlechten Teilen des Versailler Vertrages gesprochen. Daß es schlechte Teile dieses Vertrages gibt, das ist nicht nur die Überzeugung des ganzen deutschen Volkes, sondern eine unumstößliche Wahrheit.

Die vielen öffentlichen Erklärungen Stresemanns seien von demselben Gedanken getragen gewesen; das deutsche Volk halte es nicht für möglich, sich mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge, insbesondere im Osten, einfach abzufinden. Tardieu greift fehl, wenn er meint, daß der Revisionsgedanke von Deutschland leichtfertig angeschnitten worden sei. Er begeht aber darüber hinaus als Staatsmann einen schweren Fehler, wenn er die Ansicht vertritt, schon das Aufwerfen gewisser Fragen sei gleichbedeutend mit Krieg. Wäre das richtig, dann wäre jede Hoffnung auf eine gedeihliche Zukunft nicht nur für Deutschland, sondern für Europa verloren.

Im Zeitalter internationaler Zusammenarbeit müsse sich ein friedlicher Weg zur Anpassung und zum Ausgleich der Lebenserfordernisse der Völker finden. Der Artikel 19 gelte so, wie er im Völkerbundspakt steht und wie ihn schon das Ultimatum der Siegermächte von 1919 selbst charakterisiert hat, nämlich um die Regelung von 1919 fortschreitend der Veränderung der Verhältnisse anzupassen. Entscheidend sei allein die Einsicht und der Wille der Regierungen. Selbst wenn der Artikel 19 oder andere Prozeduren gar nicht beständen, bleibe es dabei, daß nicht starre Verträge, sondern das Leben der Völker die Zukunft bestimmen müssen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing die Kommissare für die Osthilfe Reichsminister Treviranus und preußischen Staatsminister Hirtsiefer zusammen mit deren Vertretern Staatssekretär Krüger und Ministerialdirektor Dr. Wachsmann zu einer längeren Besprechung über die Arbeit der Osthilfe.

Berlin. In London wird zurzeit ein amerikanischer Film „Engel der Hölle“ gezeigt, in dessen Mittelpunkt ein Zeppelinangriff auf London steht. Da dieser Film eine grobe Hetze gegen Deutschland darstellt, beschäftigt sich das Auswärtige Amt mit der Angelegenheit und prüft das von der Londoner deutschen Botschaft eingesandte Material.

Dank des Kanzlers an den Reichsrat.

Bevor Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort ergriff, dankte Reichskanzler Dr. Brüning nach Erledigung sämtlicher Haushaltsgesetze dem Reichsrat für die außerordentlich schnelle Arbeit. Der Reichsrat habe gezeigt, daß auch eine schwere und weittragende Gesetzmaterie in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden könne. Die noch ausstehenden Vorlagen zur Steuervereinfachung und zum endgültigen Finanzausgleich würden am nächsten Donnerstag vom Reichsrat verabschiedet werden. Ueber die

Eilbedürftigkeit des vorliegenden Gesetzgebungswerkes

könne kein Zweifel bestehen. Die Wirtschaftslage sei derartig, daß schnelles Handeln und nicht lange Beratungen von entscheidender Bedeutung seien. Mit dem Abschluß dieser Vorlage seien die Aufgaben dieser schweren Zeit noch nicht erledigt. Dann müßten sofort neue Maßnahmen in Angriff genommen werden. Die verabschiedeten Vorlagen müßten in kürzester Frist Gesetzeskraft erhalten.

Das sei notwendig zur Sicherung des Vertrauens, zur Sicherung unserer Finanzen, aber auch, um überhaupt eine Grundlage für eine Außenpolitik zu bekommen. Die Reichsregierung denke nicht daran, sich Ziele und Wege der Außenpolitik von innerpolitischen Tagesrücksichten diktieren zu lassen. Der Weg, den die Außenpolitik der Reichsregierung zu gehen habe, werde von ihr gegangen werden, ohne Rücksicht auf Tagesmeinungen und innerpolitische Agitationsbedürfnisse.

Kann der Reichstag die Notverordnung ändern?

Die Ansicht der Reichsregierung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung der Notverordnung des Reichspräsidenten

Abgeordneter Heimann äußerte sich dazu, ob der Ausschuß

überhaupt das Recht habe,

die Notverordnung des Reichspräsidenten zu beraten und unter Umständen abzuändern. Er bejahte diese Frage, weil das Plenum dem Haushaltsausschuß übergeordnet sei und durch einen Beschluß die Zuständigkeit des Haushaltsausschusses gegeben habe. U. a. erklärte auch Abg. Gottheiner, eine nachträgliche Änderung von Verordnungen des Reichspräsidenten auf dem ordentlichen Gesetzgebungswege liege durchaus in der Machtbefugnis des Reichstages.

Abg. Hergt betonte, daß die Deutschnationalen aus hochpolitischen Gründen der Notverordnung grundsätzlich gegnerisch gegenüberstünden und daß sie deshalb die volle Aufhebung forderten. Darauf gab

Staatssekretär Joël

vom Reichsjustizministerium folgende bedeutsame Erklärung ab: Das Initiativgesetzgebungsrecht des Reichstages ist gegenüber der Verordnung des Reichspräsidenten in keiner Weise eingeschränkt. Die Bestimmungen der Verordnung können also

durch Gesetz materiell geändert werden.

Der Reichstag kann zweifellos verlangen, daß eine Notverordnung im ganzen außer Kraft gesetzt wird.

Dagegen würden gegen das Verlangen nach einer teilweisen Außerkraftsetzung schwere staatsrechtliche Bedenken bestehen.

Kein neuer Ueberbrückungskredit.

Richtigstellung falscher Gerüchte.

Amtlich wird mitgeteilt: In einem Teil der Presse ist die Nachricht verbreitet, daß am Ende des Jahres ein Kredit zur Deckung eines Defizits von erheblicher Höhe aufgenommen werden müsse, und daß für die Zurverfügungstellung dieses Kredites wiederum die Annahme des Sanierungsprogramms zur Bedingung gestellt sei. Diese Nachricht entspricht in keinem ihrer Teile der Wahrheit. Es wird ein neuer Ueberbrückungskredit nicht benötigt.

Die gefährdete Realsteuersenkung.

Spitzenverbände gegen Aenderung des Regierungsprogramms.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Die Spitzenverbände von Industrie, Banken, Handel und Handwerk haben an die Reichsregierung und an den Reichsrat ein Schreiben gerichtet, indem sie gegen die Verschlechterung des Regierungsentwurfs eines Realsteuersenkungsgesetzes durch die Abänderungsanträge, die verschiedene Länder im Reichsrat gestellt haben, schärfsten Widerspruch erheben. Das Vertrauen der Oeffentlichkeit, dessen die Reichsregierung gerade bei Durchführung des umfassenden Finanzplanes bedarf, werde nach der Auffassung der Spitzenverbände aufs schwerste enttäuscht werden, wenn die schon mehrfach versprochene Realsteuersenkung auch jetzt wiederum durch Beschlüsse des Reichsrats verhindert würde.

Das Fiasko der Seeabrüstung.

Abschluß der Genfer Flottenberatungen.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes schloß die Verhandlungen über das Flottenkapitel ab. Er beschloß die Trennungslinie zwischen Großkampfschiffen und kleinen Panzerschiffen auf 8000 Tonnen festzusetzen. Angenommen wurde die Bestimmung des Londoner Flottenabkommens, nach der die Decks der Handelsschiffe zur Anbringung von Geschützen verstärkt werden dürfen.

Graf Bernstorff,

der an der Abstimmung nicht teilgenommen hatte, betonte, daß die deutsche Regierung ihre früheren grundsätzlichen Vorbehalte aufrechterhalte. Die Herabsetzung der Flottenrüstungen müssen das gesamte schwimmende und Reservematerial der Flotten erfassen, da sonst das Material der Flottenrüstungen für die Landabrüstung sowie für eine wesentliche Verstärkung der einzelnen Kriegsschiffe verwendet werden könne.

Die Differenzen in der Wirtschaftspartei.

Der Fall Colosser vor der Reichstagsfraktion.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschäftigte sich mit dem Konflikt in der Partei. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, den Abgeordneten Colosser brieflich zu ersuchen, der zur Prüfung seines Falles eingesetzten Kommission sofort das Beschwerdematerial gegen den Parteivorsitzenden einzureichen.

Colosser hatte bereits nach der Niederlegung seiner Parteiämter der Fraktion seinen Austritt angezeigt. Die Fraktion hat zunächst von dieser Austrittserklärung amtlich keine Kenntnis genommen.

Rechtsregierung in Danzig?

Vorverhandlungen der Parteien.

Der neugewählte Danziger Volkstag wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des Dezember zusammentreten. Die Wahl des neuen Senats wird wahrscheinlich noch im Dezember, spätestens bis zum 16. Januar erfolgen.

Die Deutschnationalen haben bereits zur Frage der Regierungsbildung Stellung genommen und fordern, daß ein antimarxistischer Senat gebildet wird. Die drei Parteien der bürgerlichen Mitte, die Nationalliberalen, die Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei und die Deutsche Volksgemeinschaft, haben ihren Zusammenschluß zu einer gemeinsamen Fraktion „Block der nationalen Sammlung" vollzogen. Auf nationalsozialistischer Seite ist man grundsätzlich geneigt, sich an einer Regierungsbildung zu beteiligen. Wegen eines etwaigen Zusammengehens zwischen Zentrum und Nationalsozialisten sind Verhandlungen aufgenommen worden.

Italien im Rüstungsfieber.

Vormilitärische Ausbildung aller Staatsbürger.

Der Italienische Ministerrat hat die Verbindlichkeit der vormilitärischen Ausbildung für alle Staatsbürger beschlossen. Sie beginnt mit dem 1. Oktober des Jahres, in dem das 18. Lebensjahr erreicht wird. Die vormilitärische Ausbildung ist der faschistischen Miliz und dem faschistischen Jugendwerk anvertraut.

Der Italienische Ministerrat hat ferner ein neues Gesetz über die Wehrpflicht erlassen, das eine Verminderung der 18monatlichen Dienstpflicht auf zwölf, sechs oder drei Monate vorsieht für alle, die sich in besonderen im Gesetz näher dargelegten Familien- und Arbeitsverhältnissen befinden.

Vertrauensvotum für die thüringische Regierung.

Mit 28 gegen 25 Stimmen.

Im Thüringischen Landtag wurde der nationalsozialistische Vertrauensantrag für die Gesamtregierung mit 28 Stimmen der Rechtsparteien einschließlich der Deutschen Volkspartei gegen 25 Stimmen angenommen. Über die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen Staatsminister Dr. Frick und Staatsrat Marschler wurde auf Antrag der Landvolkpartei zur Tagesordnung übergegangen. Der kommunistische Auflösungsantrag fand keine Mehrheit.

Vor den Abstimmungen im Thüringischen Landtag gaben die Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung ab, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Rechtsparteien die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen Staatsminister Dr. Frick und Staatsrat Marschler ablehnen würden. Die Deutsche Volkspartei betonte besonders, daß ihr die Zustimmung zu dem Vertrauensvotum für die Regierung insbesondere auch dadurch erleichtert werde, daß sie mit den anderen Koalitionsparteien durchaus einig sei im Kampfe gegen den Reichsinnenminister Dr. Wirth um die weitere Gewährung der Polizeikostenzuschüsse. Die Nationalsozialisten brachten zum Ausdruck, ihre Abstimmung sei eine Demonstration gegen den Reichsinnenminister, und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die thüringischen Koalitionsparteien rücksichtslos ihren Einfluß bei der Reichsregierung anwenden, um Dr. Wirth aus dem Reichskabinett zu entfernen.

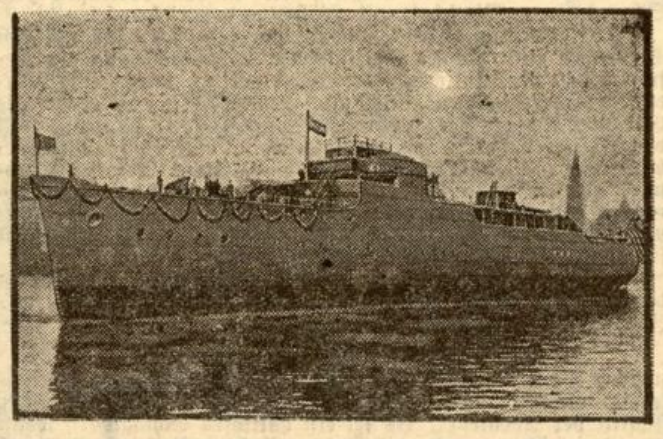
Eröffnung des Badischen Landtages.

Wittemann zum Staatspräsidenten gewählt.

Der Badische Landtag trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Diese brachte zunächst die Wiederwahl des bisherigen Landtagspräsidiums mit Präsident Duffner an der Spitze. Nach Bildung der verschiedenen Ausschüsse verabschiedete das Haus in erster und zweiter Lesung ein Initiativgesetz auf Herabsetzung der Abgeordnetendiäten.

In geheimer Abstimmung erfolgte die Wahl des Innenministers Wittemann zum Staatspräsidenten und des Kultusministers Dr. Remmele zu seinem Stellvertreter.

Vanderbilts neue Jacht.



In Kiel wurde auf der Germaniawerft die neue Jacht, die sich der Newyorker Millionär Vanderbilt bauen ließ, vom Stapel gelassen. Das Schiff, das 81 Meter lang und 14 Meter breit ist, entwickelt eine Geschwindigkeit von 16 Knoten, also die eines mittleren Ozeandampfers Es wurde von der Frau des amerikanischen Militärattachés in Berlin auf den Namen „Alva" getauft.

Sächsische Volkspartei gegen Landtagsfraktion.

Dr. Blüher legt sein Mandat nieder.

Der Sächsische Landesverband der Deutschen Volkspartei faßte in Leipzig eine Entschließung, in der festgestellt wird, daß die Volkspartei des Landes Sachsen unverändert auf dem Standpunkt ihrer Entschließung vom 29. September steht. Diese lautet: Landesvorstand und Landtagsfraktion erblicken in der Rheinlandräumung usw. neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten für eine aktive und entschiedene Außenpolitik. Die innenpolitische Voraussetzung ist „Los von der Sozialdemokratie". Hierdurch ergibt sich für die Volkspartei die Folgerung, die Bildung einer Rechtsregierung zu ermöglichen. Der Landesvorstand mißbilligt deshalb das Verhalten der Landtagsfraktion bei der Wahl des Landtagspräsidenten.

Nach den Beschlüssen des Sächsischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei, in denen dem Führer der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Blüher, eine Mißbilligung seiner Haltung bei der Wahl des Landtagspräsidenten ausgesprochen wurde, hat Dr. Blüher nunmehr sein Mandat niedergelegt.

Unhaltbare Lage der Kleinstädte.

Katastrophale Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen.

Nach den Ermittlungen des Reichsstädtebundes ist die Wohlfahrtserwerbslosigkeit im Oktober gegenüber dem Vormonat in den kleinen Städten wieder um 9,5 Prozent gestiegen. Für Ende Oktober meldeten 1133 Städte bis zu 25000 Einwohnern 73 510 laufend bar in offener Fürsorge unterstützte Wohlfahrtserwerbslose oder 10,7 auf 1000 Einwohner und 5410 Fürsorgearbeiter oder 0,8 auf 1000 Einwohner. Insgesamt wurden also Ende Oktober 78 920 unterstützte Wohlfahrtserwerbslose oder 11,5 auf 1000 Einwohner ermittelt.

Baldige Hilfe für die Landwirtschaft.

Die Präsidenten des Reichslandbundes bei Brüning.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Brüning empfing im Beisein des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, die beiden Präsidenten des Reichslandbundes, Graf von Kalckreuth und Bethge, sowie die beiden Direktoren Kriegsheim und Sybel. Die eingehende Aussprache galt den Nöten der Landwirtschaft und den Maßnahmen zur Besserung ihrer Lage. Der Reichskanzler betonte erneut mit Nachdruck, daß Hilfsmaßnahmen in kürzester Frist zur Durchführung gebracht werden.

Diktaturdrohung Berenguers.

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer erklärte, er könne keinen Augenblick mehr den Zustand der dauernden Beunruhigung des Landes dulden. Er habe sich stets bemüht, entsprechend den Gesetzen und der Verfassung zu regieren. Wenn dies aber nicht anerkannt werde, und die Herausforderungen weiter andauern sollten, hätten sich die Unruhestifter die Schuld für die kommenden Dinge selbst zuzuschreiben.

Diese Erklärung bedeutet eine klare Anspielung auf eine neue Diktatur. Sie wird in allen madrider Kreisen lebhaft besprochen. — Der Generalstreik in Barcelona und Alicante ist im Abflauen begriffen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 21. November 1930.

Blumen für die Toten.

Nicht nur den Lebenden schenken wir Blumen, wenn wir ihnen eine Freude bereiten wollen — nein, auch der Toten gedenken wir in Liebe mit Blüten und Kränzen, und wenn auch ihr Mund für immer verstummt ist, so daß sie uns nicht mehr danken können für die duftenden Gaben, die wir ihnen aufs Grab legen, so ist es uns doch, als ob diese Gaben eine neue geheimnisvolle Beziehung schüfen zwischen uns und ihnen. Wie anders aber als die Blumen des Lenzes und des Sommers wirken die Blumen des Herbstes, die wir auf die Friedhöfe tragen, um durch sie stille Zwiesprache zu halten mit denen, welche unter der feuchtkalten Erde zu ewigem Schlummer gebettet sind! Die Herbstblumen, die nur selten einen leisen Duft verströmen, haben schon an und für sich etwas Trauervolles, zur Wehmut Stimmendes, und sie passen so recht hinein in die Tage der Trauer und des wehmütigen Gedenkens, die uns der November bringt. Mit Allerseelen fängt es an und das Totenfest ist der ergreifende Ausklang dieser der Erinnerung an die Verblichenen geweihten Tage. Und immer sind es Blumen, die wir für uns sprechen lassen zu denen, welche irdisch nicht mehr sind, aber in unseren Herzen leben, solange wir selbst noch im Lichte wandeln. Geht man jetzt durch die Straßen der Städte vorüber an den Blumenhandlungen, die die Blumen des Herbstes zur Schau stellen, so findet man schon bei flüchtigem Hinschauen, daß sie alle vorbereitet sind für den Tag der Toten. Die Totenkränze stehen oder liegen in den Auslagen an weithin sichtbarer Stelle und neben ihnen sieht man Kreuze aus schlichten Tannen- und Fichtennadeln, den unverwelklichen „Baumblättern" des Herbstes, und mitten hinein in die Kreuze ist graugrünes Moos geflochten, oder es sind darin ein paar Astern versteckt oder auch nur ein paar Papierblumen. Alles macht einen ernsten, würdigen Eindruck, alles ist prunklos, wie es sich für eine den Toten zugedachte Blumenspende geziemt. Wer aber einen Garten, ein Stückchen Blumenacker sein eigen nennt und die Blumen für die Verstorbenen nicht erst zu kaufen braucht, der sucht schon in den Tagen vor dem Feste die schönsten und vielleicht auch letzten Blüten seiner Blumenzucht sich aus, um den hingeschiedenen Lieben das Beste, das die Flur ihm bietet, zu bringen. Es ist etwas Rührendes um solch ein Blumenopfer, etwas Rührendes und Erhebendes zugleich, und in diesem Sinne wird der Tag der Toten auch zu einem Tag der Lebenden.

—* **Frostgefahr für Wasserleitungen.** Das Einfrieren ungeschützter Wasserleitungen verursacht alljährlich noch viel unnötige Arbeit. Es entstehen dadurch nicht nur große Kosten, sondern der Bezug von Wasser wird durch die erforderlichen Absperrungen auch vielfach auf längere Zeit unterbunden. Darum empfiehlt es sich, beizeiten die Leitungen an frostgefährlichen Stellen zu schützen.

Halver

=: Berichtigung. Der eventl Ueberschuß der Aufführung des Dilettantenvereins „Deutsche Frauen" deutsche Treue" für die Mitglieder des Landwehrvereins am 22. d. M. ist für den „Reichsverband deutscher Kriegsgräberfürsorge bestimmt", nicht, wie irrtümlich angegeben, für die Kriegerwohlfahrtspflege.

—& Die vom 14. — 16. November in Hamm veranstaltete **Westfälische Provinzial-Geflügelschau** war auch von Mitgliedern des hiesigen Geflügelzuchtvereins beschickt. Adolf Kleinjung hatte die von ihm besonders gezüchtete und gepflegte Rasse „Westfälische Krüper" ausgestellt. Ein Hahn wurde mit „sehr gut" (Ehrenpreis(bewertet, ein anderer mit „gut", eine Henne mit „gut" und eine weitere mit „befriedigend" bewertet. Auch die übrigen Mitglieder August Berker, Werner Lüsebrink und Gust. Weber erzielten mit ihren ausgestellten Tieren recht anerkennenswerte Erfolge, so daß auch damit wieder der Beweis erbracht ist, daß die Geflügelzucht in dem hiesigen Verein eine sorgfältige und erfolgreiche Pflege findet.

=: **Lichtspiele Carlshöhe. Der Schuß in der großen Oper.** Während der Premiere der neuen Oper „Das letzte Souper" fällt plötzlich anscheinend von der Bühne ein Schuß und der berühmte russische Kapellmeister Stroganoff sinkt ins Herz getroffen, von seinem Dirigentenpult. Eine ungeheuere Erregung bemächtigt sich der Zuschauer, die fluchtartig das Theater verlassen. Die Kriminalpolizei tritt sofort in Aktion und ihren emsigen Bemühungen gelingt es, endlich festzustellen, wer den Schuß auf den Kapellmeister abgegeben hat. Die Geschichte einer Reihe großer Leidenschaften rollt sich vor uns auf. Die berühmte Sängerin — von Marcella Albani dargestellt — beschuldigt sich selbst, den Schuß abgegeben zu haben, aber auch ihr Liebhaber Jean Bradin — will der Täter gewesen sein — und in Wirklichkeit war es keiner von beiden. Dies ist das Thema des neuen Films der Bayerischen Filmgesellschaft m. b. H., der am Sonntag ab 6 Uhr und 8,30 Uhr in den Lichtspielen Carlshöhe läuft.

Schalksmühle

—g **Tödlich vom Lastwagen überfahren** wurde am Dienstagabend gegen 8,30 Uhr ein ca. 48jähriger, von seiner Familie getrennt, lebender Mann in der Nähe der Mesenhöllerschen Fabrik auf der Volmestraße, da, wo der Weg zur Mesenhöllerschen Villa abbiegt. Der Mann, namens Tigges, der auf dem Gut Lehmke beschäftigt ist, war im Ort gewesen, hatte etliche Einkäufe getätigt und begab sich in angetrunkenem Zustande auf den Weg nach Hause, als er an genannter Stelle von einem mit Eisen beladenen Lastwagen überfahren wurde. Der Wagenführer hat das Wagenlicht gleich abgeblendet und ist weiter gefahren ohne sich um sein Opfer weiter zu kümmern. Ein anderer Autolenker hat dann den Toten auf der Straße liegen sehen und hat ärztliche Hilfe (Dr. Feldermann) Sanitätspersonal und Polizei herbeigeholt. Schädelbruch und weitere innere Verletzungen hatten den Tod zur Folge. Bis heute ist es noch nicht gelungen, des Täters habhaft zu werden. Ob durch die jungen Leute aus Schalksmühle, die Zeugen des Vorgangs aus der Ferne gewesen sind, weitere Feststellungen gemacht werden können, ist noch fraglich. Der Ueberfahrene wurde in die hiesige Leichenhalle übergeführt.

*

Hülscheid, 20. Nov. In einem recht trostlosen Zustand befinden sich schon seit längerer Zeit mehrere Wege in hiesiger Gemeinde. Besonders sind die Wege Hülscheid—Reineberge, Heedfeld—Lauenscheid und der Weg, der über die Horst nach Schlöten führt, wovon auch ein Teil zur Landgemeinde gehört, zu erwähnen. Die Wege

Großer Tag im Reichsrat

Bilanz der Reichsratsberatungen.

Reichshaushalt und Finanzgesetze verabschiedet.

Mit Ministerreden sind die Beratungen der Gesetzentwürfe über die Finanz- und Steuerreform im Reichsrat sowie des Reichshaushalts 1931/32 eröffnet worden und mit Ministerreden schlossen sie auch ab. Was dazwischen liegt, war umfangreichste Arbeit und das Ergebnis ist eine fast vollständige Einigung zwischen Reichsregierung und den Vertretern der Länder. In manchen Bestimmungen der Entwürfe sind gegenüber den Regierungsvorschlägen bestimmte Abänderungen erfolgt, aber das waren nicht solche irgendwie wesentlicher Art.

Zu längeren Verhandlungen in den Ausschüssen des Reichsrats kam es hauptsächlich nur bei der einzigen Steuererhöhung, die in dem Finanzprogramm vorgesehen ist, bei der Tabaksteuer also. Aber auch hierin ist in letzte Stunde eine Einigung erzielt worden, so daß der Reichsrat tatsächlich so, wie es der Reichskanzler dringend gewünscht hat, bis zum 20. November mit seiner Arbeit fertig geworden ist, abgesehen von einem einzigen jener 30 Gesetzentwürfe, der noch nicht die Zustimmung der Ländervertreter gefunden hat.

Da der Reichstag zurzeit nicht tagt, wurde die Reichsratssitzung von der Regierung auch benutzt, um in aller Öffentlichkeit Stellung zu nehmen zu den Reden, die in der Französischen Kammer über die augenblicklichen außenpolitischen Fragen gehalten wurden und in denen namentlich der Ministerpräsident Tardieu und sein Außenminister Briand sehr auffallende Ausführungen über die deutsch-französischen Beziehungen, die Revisions- und die Abrüstungsfragen gemacht haben. Eine deutsche Antwort darauf wurde zur Notwendigkeit.

*

Berlin, 20. November.

Zur Verabschiedung des Reichshaushalts für 1931 und der Finanzreformgesetze der Reichsregierung fand die entscheidende Vollsitzung des Reichsrats im großen Sitzungssaal des Reichstages unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning statt. Vom Reichskabinett waren außerdem erschienen der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der Reichsaußenminister Dr Curtius und Reichswehrminister Gröner. Außerdem wohnten der preußische Ministerpräsident Braun, der bayerische Ministerpräsident Held und Vertreter anderer Länder der Sitzung bei.

Die Beratung des Haushaltsplanes

für 1931 leitete der Generalberichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Brecht mit längeren Darlegungen und großem Zahlenmaterial ein. Die schnelle Erledigung des Etats hat große Bedeutung für die wirtschaftliche Gesundung. Die Reichsregierung hat bereits zahlreichen Wünschen des Reichsrats entsprochen, so der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete, des Entschädigungsamtes, der Gesandtschaft in München, des Reichswasserschutzes, der Verminderung der Versorgungskosten, der Vereinfachung der Steuergesetzgebung und der Rechtspflege sowie der Minderung der sozialen Lasten.

Ferner hat die Reichsregierung einige der vom Reichsrat gewünschten finanztechnischen Streckungsmöglichkeiten verwandt, u. a. die Ansätze für Kanalbauten auf Anleihen verwiesen und die Zahlungen aus dem Tilgungsfonds auf die tatsächlich im laufenden Jahre benötigte Summe beschränkt sowie weitere 150 Millionen Mark Reichsbahnvorzugsaktien verkauft.

Ministerialdirektor Brecht gibt im weiteren ein umfangreiches Zahlenmaterial, aus dem

der Spar- und Abstrichwillen der Reichsregierung

auf vielen Gebieten hervorgeht. Die Renten für die Kriegsteilnehmer bleiben ungefähr in gleicher Höhe. Der Reichsrat hat fünf Millionen Mark Abstriche etwa an den Kosten dieser Verwaltung beschlossen und wünscht ihre Verbindung mit bestehenden Verwaltungen. Ebenso sind auf Antrag Preußens

fünf Millionen bei der Finanzverwaltung abgeschrieben

worden.

Für die Wehrmacht

sind 657,5 Millionen, rund 22,5 Millionen weniger als im vorigen Jahre angefordert worden. 15,9 Millionen des Unterschiedes kommen auf Gehaltskürzungen und 9,9 Millionen auf Erhöhung der Einnahmen durch Verwertung alter Kriegsschiffe usw. Angesichts der Anforderung der ersten Rate für ein Panzerschiff, Ersatz „Lothringen", und des weitereen Bauprogramms haben die Ausschüsse anerkannt, daß die überalten Linienschiffe ersetzt werden müssen, wenn nicht die Bemannung von ihnen herausgenommen werden soll.

Der preußische Antrag, bei Heer und Marine je zehn Millionen für 1931 mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage abzusetzen, was auch mit der Preissenkung für die Rohstoffe begründet worden war, ist in den Ausschüssen mit erheblicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ministerialdirektor Brecht betonte sodann bei den Reichseinnahmen, daß, falls die schlechte Wirtschaftslage voll andauern sollte, die

Schätzung der Steuern und Zölle zu hoch

sei. Ferner legte der Redner namens der Ausschüsse eine Entschließung vor, die u. a. Umgestaltung der Versorgungsverwaltung mit dem Ziel der Vereinigung mit anderen Verwaltungen fordert, unter schonender Behandlung der Beamten und Angestellten.

Bayerischer Ministerpräsident Held:

Die Ursache der katastrophalen Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen liegt nicht allein im verlorenen Krieg, sondern auch in verkehrten Steuersenkungsmaßnahmen und in einer über das Maß des Möglichen hinausgehenden öffentlichen Ausgabenwirtschaft.

Aus den vorliegenden Maßnahmen gewinnt man den Eindruck, als ob die Sanierung

auf Kosten der Länder und der Gemeinden

gemacht werden soll.

Es handelt sich bei fast allen Maßnahmen um Eingriffe in die Hoheitsrechte der Länder und der Gemeinden und um Gesetze mit verfassungsänderndem Charakter. Es handelt sich geradezu um ein Reichsdiktat, eine Reichsbevormundung, eine Reichszensur über Länder und Gemeinden.

Wenn sich der Reichsrat doch zur Zustimmung entschlossen hat, so ist dafür bestimmend gewesen

eine unmittelbare Lebensgefahr

nicht nur für das Reich, sondern auch für die Länder und Gemeinden. Es muß aber betont werden, daß es sich bei den Maßnahmen nur um eine einmalige und zeitlich begrenzte handeln kann. Die Frage der Reichsreform muß auf anderem Wege gelöst werden. Dr. Held forderte schließlich, mit den Preissenkungen energisch auf immer weiteren Gebieten fortzufahren.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich:

Die ganze Aktion der Reichsregierung ist nur zu verstehen aus dem Gedanken heraus, daß in erster Linie die Wirtschaftskrise bekämpft werden muß. Wenn diese Wirtschaftskrise und die ungeheure Arbeitslosigkeit bekämpft werden sollen, dann ist die Voraussetzung, daß die Finanzen des Reiches in Ordnung kommen. Der Minister wandte sich schließlich gegen die Behauptung, daß das Reich die Länder vergewaltigen wolle.

Das verteuerte Rauchen.

Ein Kompromißbeschluß des Reichsrats.

Die dritte Lesung der Tabaksteuernovelle mit den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats endete mit einem Kompromiß. Der in der Vorlage vorgeschlagene Tabakzoll wurde von 250 auf 200 Mark herabgesetzt, die Banderolensteuer für Pfeifentabak beträgt 35 Prozent, für Zigarren 23 Prozent und die Banderolensteuer für Zigaretten 38 Prozent. Die Materialsteuer für Zigaretten ist auf 450 Mark für den Doppelzentner festgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1931 in Kraft treten.

Für die Vorlage mit den Änderungen fand sich eine Mehrheit gegen die Stimmen von Sachsen, Baden, Bremen und Hessen. Die Reichsregierung erklärte sich mit den Beschlüssen der Ausschüsse einverstanden. Der Reichsfinanzminister gab bekannt, daß die Tabakbelastung jetzt schätzungsweise jährlich 1,4 bis 1,5 Milliarden Mark erbringe. Damit halte die Regierung die Tabakfrage endgültig für erledigt, da ein Monopol keineswegs höhere Beträge bringen werde.

Die allgemeine Haushaltsaussprache im Reichsrat

In der auf die Reichsratsrede des Ministers Dietrich folgenden Auseinandersetzung erklärte die Regierung Thüringens, daß sie sich beim Gehaltskürzungsgesetz der Stimme enthalten werde. Die Regierung Braunschweigs erklärte Stimmenthaltung beim Reichshaushaltsgesetz. Nach einer längeren Erklärung der Provinzen Berlin, Hannover, Niederschlesien, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz und Schleswig-Holstein sagte Bürgermeister Dr. Scholz-Berlin, durch das Realsteuersenkungsgesetz werde den Gemeinden die letzte Beweglichkeit in den Einnahmen genommen. Als Ersatz hierfür müsse den Gemeinden vom 1. April 1931 ab das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer oder eine sogenannte veredelte Bürgersteuer gegeben werden. Die Provinzen Brandenburg, Pommern und Ostpreußen bekundeten, daß sie gegen das Gehaltskürzungsgesetz und gegen das Personalaufwandsgesetz stimmen würden. Nach einer kurzen Bemerkung des Vertreters der Provinz Sachsen war die allgemeine Aussprache beendet.

Gesamthaushalt einstimmig angenommen.

Der Gesamthaushalt wurde vom Reichsrat einstimmig angenommen. Auch das Gehaltskürzungsgesetz fand bei Stimmenthaltung von Sachsen, Braunschweig und Thüringen Annahme.

Sturmflug des „Do X".

In Santander glatt gewassert.

Das Riesenflugschiff „Do X" startete glatt von seinem Ankerplatz auf den Gironde bei Bordeaux zum Fluge nach La Coruna. Die zurückzulegende Entfernung beträgt ungefähr 750 Kilometer. An Bord befanden sich elf Fluggäste.

Das Wetter im Golf von Biskaya war während des Fluges stürmisch und regnerisch, doch befand sich an Bord alles in bester Ordnung. Nach etwa fünfstündigem Fluge wasserte das Flugschiff glatt in Santander.

Diese große spanische Hafenstadt hatte an Dr. Dornier nach Bordeaux eine Abordnung entsandt mit der Bitte, doch in jedem Fall auf dem Fluge nach La Coruna eine Zwischenlandung vorzunehmen. Der Weiterflug nach La Coruna findet am Freitag statt.

Schiffbruch an der portugiesischen Küste.

Ein belgischer Dampfer gesunken.

Das englische Motorschiff „Highland Hope" erlitt an der portugiesischen Küste Schiffbruch. Es befand sich auf der Fahrt von London nach Buenos Aires. 230 Fahrgäste und die 150 Mann starke Besatzung begaben sich in die Rettungsboote und wurden von Fischerfahrzeugen ins Schlepptau genommen. Das Schiff, das zum großen Teile voll Wasser gelaufen ist, gilt als verloren. Die Schiffbrüchigen konnten in Lissabon gelandet werden.

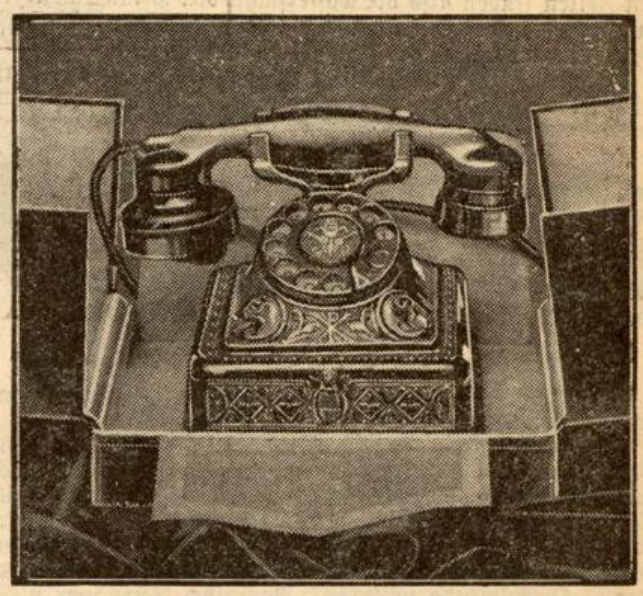
Auf der Schelde bei Antwerpen stieß ein englischer Dampfer mit einem belgischen Dampfer, der Ziegelsteine geladen hatte, zusammen. Der belgische Dampfer sank innerhalb zwei Minuten. Fünf Mann der Besatzung fanden den Tod in den Fluten.

Das Halsband der Kaiserin.

Erzherzog Leopold von Österreich vor Gericht.

In Newyork begann der Prozeß gegen den Erzherzog Leopold von Österreich, der beschuldigt wird, bei dem Verkauf eines Diamantenhalsbandes der Erzherzogin Marie Therese von Österreich, das einst Napoleon I. seiner zweiten Gemahlin, der Kaiserin Marie Luise, geschenkt hat, einen Betrug begangen zu haben.

Das Halsband, dessen Wert von der Erzherzogin auf 450 000 Dollar bemessen wurde, während die Zollschätzer seinen Wert auf höchstens 150 000 Dollar schätzen, wurde durch den englischen Obersten Townsend und den Erzherzog Leopold an den Newyorker Juwelier Michel für 60 000 Dollar verkauft. Der Erzherzog soll dann 20 000 Dollar als „Provision" in die eigene Tasche gesteckt haben. Die Erzherzogin ließ das Halsband für 50 000 Dollar zurückkaufen, so daß der Juwelier 10 000 Dollar verloren hat.



Ein goldener Fernsprechapparat für den Papst, das Geschenk einer amerikanischen Telephongesellschaft.

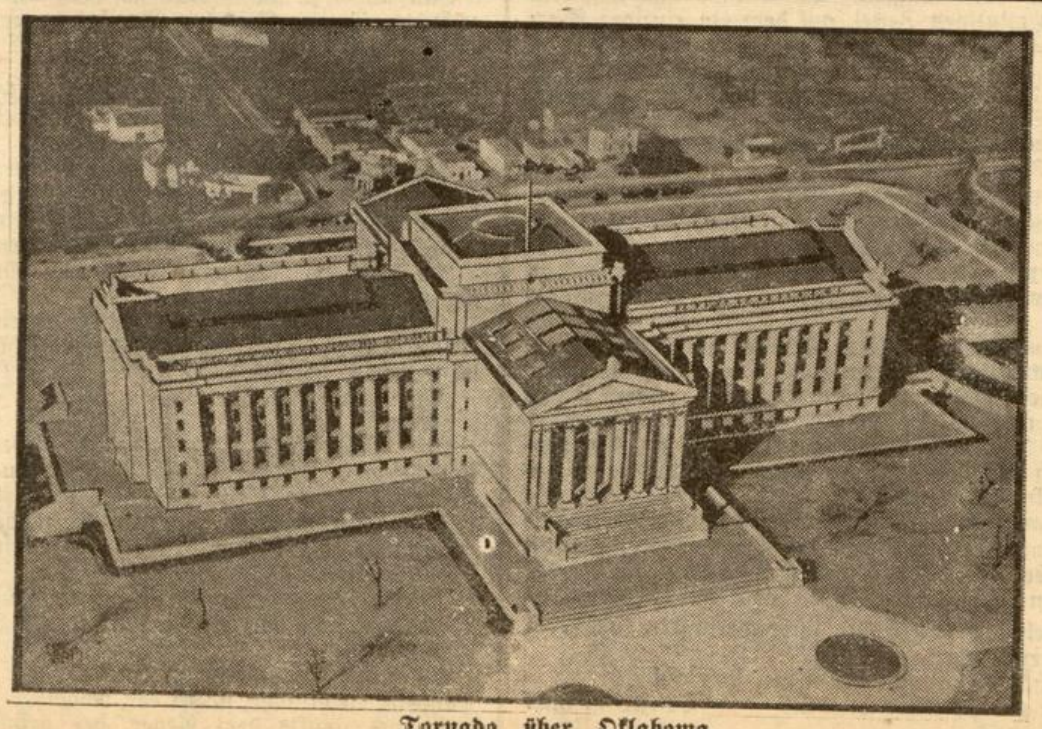
Essen wir richtig?

Alte und neue Ernährungsfragen.

Im Verein für innere Medizin und Kinderheilkunde in Berlin sprach Professor Karl von Noorden, der früher in Frankfurt am Main wirkte und jetzt in Wien tätig ist, über die Frage der Ernährung von Gesunden und Kranken. Professor von Noorden knüpfte an die immer wieder auftauchenden Bestrebungen, Diätspeisehäuser zu errichten und Diätküchen für Kranke zu schaffen, an, kam auf die vielbesprochene Gersonsche Tuberkulosendiät — salzarme oder salzlose Kost — zu sprechen und wandte sich dann der Frage der

Verwendung von Mineralsalzen in der Nahrung

zu. Durch genaue Stoffwechseluntersuchungen erhält man in vielen Fällen bestimmte Grundlagen für eine richtige Verwendung der Salze. In diesem Zusammenhange sprach der Vortragende gewisse Bedenken gegen die heutige Form der Bodenkultur aus. Es erscheint ihm fraglich, ob die Düngung mit Salzen den Pflanzen wirklich alle zur menschlichen Nahrung erforderlichen Stoffe zuführt. Auch die Art der Zubereitung unserer Speisen — zum Beispiel Abgießen des Kochwassers, das oft wichtige Nährstoffe enthält — dünkt Professor Noorden nicht ganz einwandfrei. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß die jetzt so vielgepriesene Rohkost einseitig sei. Es sei überhaupt darauf Wert zu legen, daß man in der Ernährung des Menschen nicht schematisch vorgehe. Die Ernährung mit Nährsalzen sei ebensowenig für alle Fälle anwendbar wie die sogenannte „salzfreie Kost", die eigentlich nur eine salzarme Kost sein könne. Man dürfe weder eine eiweißarme Nahrung noch eine Hunger- und Durstkur noch eine Fettmast noch eine vitaminreiche Kost als unbedingt nützlich anpreisen: jede einzelne dieser Ernährungsweisen könne gut und angebracht sein, aber jede zu ihrer Zeit und jede nur in ganz bestimmten Fällen. Bei Leuten, die an irgendeiner chronischen Krankheit leiden, sollte man besonders strenge Diätformen überhaupt nur so anwenden, daß man strenge Tage mit Erleichterungen abwechseln läßt.



Tornado über Oklahoma.

Die Stadt Oklahoma, die Hauptstadt des gleichnamigen nordamerikanischen Bundesstaates, deren geistiger Mittelpunkt das hier gezeigte Parlamentsgebäude ist, wurde durch einen Wirbelsturm heimgesucht. Aus den Trümmern von 200 vernichteten Gebäuden wurden 23 Tote und 100 Verletzte geborgen.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.
Meisterschaftsspiel.
V. f. B. Brügge — Sp. V. Höh 3:1 (1:1)
abgebrochen.

Da das erste Spiel am vergangenen Sonntag infolge Regens nicht ausgetragen wurde, fand solches am Mittwoch auf dem Sportplatz in Brügge statt, woselbst sich trotz des schlechten Wetters zahlreiche Zuschauer eingefunden hatten Trotz des Regens wurde das Spiel 2,30 Uhr vom Schiedsrichter angepfiffen und geht Brügge gleich vor des Gegners Tor, aber ohne Erfolg. Der Kampf ging hin und her, und war es jeder Partei vergönnt, obwohl Höh mit dem Wind spielend, bis zur Halbzeit ein Tor zu setzen. Dieses entspricht dem Spielverlauf. Nach der Halbzeit ist Brügge dem Gast sehr überlegen, welches durch den zweiten und dritten Treffer zum Ausdruck gebracht wurde. Kurz vor Schluß, ca. 10 Minuten, wurde das schöne und flotte Spiel vom Schiedsrichter, welcher dem Spiele nicht gewachsen war, ohne Verständigung der Spielführer und ohne Grund abgebrochen. Der Regen hatte bereits bei Abbruch wesentlich nachgelassen, während es vorher sehr geregnet hatte. Es wäre zu wünschen, wenn solche Schiedsrichter von solchen Spielen ferngehalten würden und durch bessere ersetzt würden. Hätte Brügge sämtliche Spiele in dieser Aufstellung gemacht, hätte mancher Verein das Nachsehen gehabt und Brügge somit mehr Punkte.

Sp. **Für die deutsche Leichtathletikexpedition nach Los Angeles** in Stärke von etwa 30 Personen rechnet die D. S. V. mit einer notwendigen Summe von etwa 90 000 Mark, wovon fast die Hälfte auf die Vorbereitungsarbeit entfallen würde. Ein solches Spezialtraining durch Kurse erst in den Landesverbänden und dann durch Sammelkurse wird für unbedingt erforderlich gehalten, wenn Deutschlands Leichtathleten gegenüber der schweren Konkurrenz in Ehren bestehen sollen

Sp. **Bekümmert euch um die Erwerbslosen!** Der Vorstand der Deutschen Turnerschaft bittet alle Vereine der Deutschen Turnerschaft herzlichst, sich, soweit es irgend geht, um das Schicksal der arbeitslosen Turnbrüder zu kümmern und ihnen nach Möglichkeit in ihrer wirtschaftlichen und seelischen Not zu helfen. Wege zu solcher Hilfe sieht der Vorstand z. B. in folgendem: Übertragung bezahlter Beschäftigung (Ausbessern und Instandsetzen von vereinseigenen Hallen, Plätzen und Räumen, Einziehen von Mitgliedsbeiträgen, Einbinden von Zeitschriften usw.): kostenlose Überlassung von Plätzen, Hallen und Räumen zu offenen Turn-, Spiel- und Lesezeiten usw.

Welt und Wissen

w. **Hermann Hesse tritt aus der Dichterakademie aus.** Vor einigen Wochen hat Walter von Molo auf den Vorsitz in der Dichterakademie verzichtet Jetzt erfährt man daß der Dichter Hermann Hesse aus der Akademie ausgetreten ist Es wurden an diese Nachricht Mitteilungen über Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern der Akademie geknüpft Von zuständiger Stelle wird jedoch mitgeteilt, daß für den Schritt Hesses nur persönliche Gründe maßgebend gewesen seien: er könne sich, da er seinen Wohnsitz nicht in Berlin habe, nicht in genügender Weise an den Arbeiten der Akademie beteiligen und habe daher schon vor längerer Zeit seinen Austritt erwogen.

w. **Der 80. Geburtstag des Kunsthistorikers Georg Dehio.** Professor Georg Dehio, der Verfasser der besten deutschen Kunstgeschichte, die wir besitzen, vollendet am 22 November das 80. Lebensjahr. Dehio stammt aus Reval Von seinen Werken wurden weit bekannt „Das Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler" und die kunsthistorischen Aufsätze Sein Hauptwerk aber ist die mit Bezold zusammen herausgegebene siebenbändige „Kirchliche Baukunst des Abendlandes", die für das Verständnis der mittelalterlichen Architektur grundlegend ist

w. **Die 75jährige Emil Marriot.** Am 20. November wurde die Romanschriftstellerin Emil Marriot 75 Jahre alt. Sie heißt richtig Emilie Mataja und stammt aus einer Wiener Patrizierfamilie. Emil Marriot ist eine der bedeutendsten katholischen Erzählerinnen, die sich in ihren Werken vornehmlich mit dem Leben der katholischen Geistlichkeit beschäftigt. Mehrere ihrer Romane, vor allem „Der geistliche Tod" und „Caritas" sowie die Novellen „Schlimme Ehen", erregten, als sie erschienen, das größte Aufsehen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 20. November.

Hochbahnzusammenstoß in Hamburg.

Hamburg. In der Hochbahnstation Fuhlsbüttel ereignete sich ein Zusammenstoß zweier Hochbahnzüge, bei dem sechs Fahrgäste verletzt wurden. Der Zusammenprall war so heftig, daß die Stirnwände der zusammengefahrenen Wagen zertrümmert wurden und die Fensterscheiben zersprangen.

Explosion in einer rumänischen Petroleumraffinerie.

Bukarest. Auf dem Gelände der rumänischen Petroleumraffinerie Astra Romana bei Ploesti brach ein Schadenfeuer aus, wodurch ein großes Petroleumreservoir mit etwa 500 Waggon Benzin explodierte. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, der Sachschaden dürfte über eine Million Mark betragen. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Pelzwaren in jeder modernen Form, Farbe und Fellart, in anerkannt guten Qualitäten stets preiswert beim **Kürschnermeister Oskar Becker Lüdenscheid**

Bommerter Wehrverein.

Zu der am Montag, den 24. Nov. stattfindenden Beerdigung unseres in Lüdenscheid verstorbenen Kameraden

Alb. Drewe

tritt der Verein um 12¾ Uhr bei Fasbender Halver an
Um vollzähligeBeteiligung der Kameraden bittet

Der Vorstand.

Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener Ortsgruppe Halver.

Am Totensonntag vormittags 11 Uhr versammeln sich die Mitglieder nach dem Gottesdienst an der Kirche zur

Kranzniederlegung am Ehrenmal.

Beteiligung ist Pflicht.
Der Vorstand.

Waldbauverein Halver e. V.

Dienstag, den 25. Nov., nachmittags 4 Uhr im Hotel zur Post

Versammlung

Tagesordnung:
Die Aufforstung der Vereinswaldungen im Frühjahr 1931

1. Entgegennahme der Anträge sowie Besprechung über die Beihilfen. Referent: Oberförster Leonhard, Letmathe.
2. Besprechung üb. Waldbrandversicherungen. Referent: Vertreter Krawinkel, Dortmund. (Gladbacher Feuerversicherung).

NB.) Die Anträge für Aufforstung sind m. Pflanzenanzahl und Größe der Parzellen spätestens in diesem Termin anzugeben.

Die Ausschußmitglieder werden gebeten, 1 Stunde vorher zu erscheinen.

Der Vorstand.

Erhalte demnächst eine Waggonladung

Torf-Streu u. Torfmull

in prima trockener Qualität. Bestellungen nehme entgegen:

C. Zimmermann, Ohl-Rönsahl



Heute morgen 10½ Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden im Städtischen Krankenhause zu Lüdenscheid unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Albert Drewe

im Alter von 54 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Familie Wilhelm Drewe
Familie Fritz Drewe

Bierbaum b. Lüdenscheid und **Buschhausen** b. Halver, den 20. November 1930.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 24. Nov. vom Städt, Krankenhause Lüdenscheid aus nach Halver statt. Ankunft in Halver Schmalspurbahnhof 1¼ Uhr nachmittags.

Statt Karten!

Anni Bedfeld
Paul Issel
Verlobte

Sondern *Halver i. W.*
Post Anschlag

22. November 1930.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Ausschußsitzung

am Samstag, den 29. Nov. ds. Jrs. 18 Uhr im Lokal Bastian Kierspe-Bahnhof.

Tagesordnung:
1. Voranschlag für 1931,
2. Beschlußfassung über die Krankenversicherung der Angestellten,
3. Mustersatzung,
4. Wahl der Revisoren,
5. Verschiedenes.

Kierspe, den 20. November 1930.
Der Vorsitzende des Vorstandes.

Zum Gedenktage der Toten
empfehle
Kränze, Kreuze, Sträuße
in bekannter Ausführung zu billigen Preisen.
Frische Schnittblumen.
Christian Welteke, Halver,
Gartenbaubetrieb. Fernsprecher 554.
Auf Wunsch werden die Bestellungen auch zum Friedhof gebracht.

Wir **suchen** zum 2 Januar 1931 einen

Lehrling

und bitten um Bewerbungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf u. Vorlage d. Schulentlassungszeugnisses **bis zum 26. Nov. 1930** an den unterzeichneten Vorsitzenden

Allgem. Ortskrankenkasse Kierspe.
gez. **Fritz Schuster,** Vorsitzender.

Von heute ab eröffne ich meine

Reparaturwerkstatt für Schuhwaren

und bitte um geneigten Zuspruch:

Wilhelm Geim, Halver
Cölnerstraße 79.

Schirm-Fabrik
F. Bovet,
Lüdenscheid.
Größte Auswahl! Billigste Preise! Eigene Fabrikation.

Apollo-Theater, Schalksmühle.

Samstag, den 22., abd. 8 Uhr
Sonntag, den 23., ab 6 Uhr abd.

Einer der größten Erfolge des letzten Jahres



I. und II. Teil in einem Programm zusammen.

Ein Millionenfilm für Millionen

Ein Film voll Spannung und Abenteuer Unter ungeheueren Kosten an den Originalstätten nach Dumas Meisterroman gedreht.

Beide Teile in einem Programm ohne Erhöhung d. Eintrittpreises

Die **Kindervorstellung** beide Teile findet **Samstag 3 Uhr** statt, auch sind Kinder zum Preise von 50 Pfg. in allen Vorstellungen zugelassen.

Zum Totenfest
empfehle **als Grabschmuck**
Kränze, Kreuze, Sträuße
in allen Preislagen und geschmackvoller Ausführung.
Frische Schnittblumen.
Otto Barth, Halver,
Fernruf 357. Gärtnerei am Friedhof

Bestecke
Scheren
Rasiermesser
Rasierapparate
sowie sämtliche
Rasierutensilien
empfiehlt
E. Deitenbeck,
Stahlwaren- u. Waffenhandlung
Lüdenscheid.

Lichtspiele Carlshöhe.

Sonntag ab punkt 6 Uhr
(Einlaß 5½ Uhr)
und 8½ Uhr

Hinter Klostermauern
Nach dem Theaterstück von Obeon
Die Brüder vom Sankt Bernhardt.

Das letzte Souper
Der Schuß in der großen Oper
mit Marcella Albani
Heinrich George.

Das schöne Beiprogramm.

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Bei Blutarmut, Herzklopfen, Schwächezuständen aller Art, Zittern, Appetitlosigkeit, nervösen Magenbeschwerden soll man Doppelherz, das anerkannte Nervenkräftigungsmittel nehmen. Verblüffende Erfolge. Probeflasche M 2.50 große Flasche 4,50 u. 5,50

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, den 23 Nov. (Totensonntag) vorm. 10 Uhr Gottesdienst Pastor Dr. Große-Dresselhaus, (Mitwirkung des Kirchenchors), 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst, Bücherausgabe der Kirchl. Volksbibliothek. Dienstag abd. 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abd. 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag abd. 8,30 Uhr Kirchlicher Posaunenchor
Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, 4,,30 Uhr Bibelstunde fällt aus. 5.30 Uhr Jungfrauenchor 8 Uhr Jünglingsverein Unterhaltung. Montag 8 Uhr Jünglingsverein Turnen. 8,30 Uhr Jungfrauenchor Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor. Mittwoch, 4 Uhr Missionshandarbeitsstunde 8,30 Uhr Jungfrauenverein Bibelbesprechung. Freitag 8,30 Uhr, Männerchor. Samstag 4 Uhr Jungschar. 8,30 Uhre Gebetstunde.
Blaukreuzverein Halver. Sonntag, den 23. Nov. nachm. 3 Uhr Bibelstunde Donnerstag, den 27 Nov. abds. 8,30 Uhr Bibelbesprechung.
Freie evangl. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a Sonntag morgen 9,45 Uhr Erbauungstunde, 11 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Bibelstunde. Donnerstag abend 8½ Uhr Bibelstunde Prediger Matscheke. Samstag abd. 8,30 Uhr Männerchor.
Katholische Gemeinde Halver. Sonntag den 23. Nov. 8 Uhr Frühmesse 10,15 Uhr Hochamt 2,30 Uhr Andacht. 5 Uhr Versammlung des Jungfrauenvereins.
Ev. Kirchengemeinde Kierspe. Totensonntag 9,30 Uhr Kindergottesdienst; 10,30 Uhr Gottesdienst Dienstag 8.30 Uhr Jungmädchenbund. Donnerstag, 4 Uhr Frauenhilfe. Freitag 8.30 Uhr Kirchenchor.
Kierspe-Bhf. Totensonntag 10 Uhr Gottesdienst. 11Uhr Kindergottesdienst. 4 Uhr Bibelstunde. Dienstag 8,30 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Freitag 8,15 Uhr Frauenhilfe. 8,30 Männer- und Jünglingsverein. Montag 8,30 Uhr Posaunenchor Kierspe. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor Bollme,
Fr. evgl. Gemeinde Kierspe-Bahnhof: Sonntag 9,30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder Sonntagsschule, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein, 20,30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 20,30 Uhr Gebetstunde. Donnerstag 20.30 Uhr Gemischter Chor. Freitag 8,30 Uhr Jünglingsverein